

# Baugewerkschaft

## Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
= Berlin O 17, Rüdersdorfer Straße 60 =

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

### Die Verteuerung der Lebensmittel

Die Vorgänge auf dem Lebensmittelmarkt bei Ausbruch des Krieges sind bekannt. Ungerechtfertigte Steigerung der Preise für notwendige Massenbedarfsartikel seitens gewinnlüstiger Händler, unvernünftiger Ansturm an die Verkaufsstellen seitens der Konsumenten.

Inzwischen ist ja nun eine rückläufige Bewegung dieser Preistreiber eingetreten. Die Macht der öffentlichen Meinung und die Maßnahmen und Ermahnungen der Regierungs- und Militärbehörden haben das Ihrige dazu beigetragen. Immerhin aber ist die Lebenshaltung nicht auf ihren früheren Preisstand zurückgekehrt. Das ist entsprechend der durch den Krieg für weite Kreise hervorgerufenen Notlage bedenklich und auch bedauerlich.

Um eine Uebersicht über die Preisbewegung auf dem Lebensmittelmarkt während des ersten Kriegsmonats zu gewinnen, hat der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften bei den Ortsstellen eine Umfrage veranstaltet, deren Resultat nunmehr vorliegt. Daraus ergibt sich zunächst, daß auf der ganzen Linie die Mehl- und Brotpreise beträchtlich gestiegen sind. Fast durchweg beträgt die Erhöhung 20 bis 25 Prozent, selten weniger, häufiger aber noch mehr. So stieg beispielsweise der Preis für 1 Pfund Weizenmehl in Müggendamm von 18 auf 25 Pf., Münster l. W. von 17 auf 25, Königsberg von 17-20 auf 27-30, Dresden von 22 auf 28, Schneidemühl von 18 auf 25, Gnesen von 18 auf 23, Offenbach von 20 auf 26, Recklinghausen von 18 auf 23, Danzig von 18 auf 21, Mannheim und Herdingen von 19 auf 25, Kiel von 20 auf 27, Amern St. Anton von 18 auf 25, St. Louis von 17 auf 26, Hannover-Linden von 18 auf 25, M.-Gladbach von 19 auf 25, Bocholt von 16 auf 23, Redersum von 20 auf 26, Posen von 18 auf 25 Pf. usw. Es liegen nur ganz vereinzelte Meldungen vor, daß der Weizenmehlpreis gar nicht oder nur um einige Pfennige gestiegen sei.

Entsprechend den Mehlpreiserhöhungen sind natürlich auch die Brotpreise in die Höhe gegangen; beziehungsweise aber nicht nur für Backwaren aus Weizenmehl, sondern auch, wenn auch nicht im gleichen Maße, für Roggenbrot. Letzteres ist um so weniger gerechtfertigt, da wir bekanntlich in unserer heimischen Produktion Ueberfluß an Roggengetreide haben. Laut Angaben auf den Fragebogen war der Brotpreis in dem Zeitraum von Ende Juli bis Ende August gestiegen in Kiel um 25 bis 33 Prozent, Amern St. Anton 25, Oberhausen 20 bis 35, Lippstadt bis 25, Gronau 25 bis 30, Remscheid bis 30, Reheim bis 39, Berlin bis 35, Werder 20 bis 32, Breslau 20 bis 24, Magdeburg 20 bis 25, Düsseldorf bis 25, Dresden 15 bis 25, Schneidemühl bis 30, Fulda 20 bis 40, Graudenz 40 bis 50, Pirmasens 17 bis 30, Kolmar 30 bis 35 Prozent usw. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Preissteigerung für das notwendigste Volksnahrungsmittel angesichts des fast allgemein verringerten Einkommens von den bedenklichsten Folgen begleitet sein muß.

Eine ähnliche Preissteigerung wie bei Mehl und Brot zeigt sich leider auch bei den tierischen Produkten, bei Fleischwaren, Fett usw. Aus einer Anzahl von Orten wird auch eine Erhöhung der Milchpreise gemeldet. Rindfleisch ist in den meisten Orten um 5, 10, 15 Pf., hier und da noch mehr gestiegen. Eine Anzahl von Fragebogen kann aber auch ein Gleichbleiben der Preise berichten, einige ländliche Gegenden an der holländischen Grenze teilen sogar eine Herabsetzung der Preise mit. Leider sind dies nur die bekannten Ausnahmen, denen auch andere mit enormen Steigerungen entgegenstehen. So z. B. Königsberg mit einer Erhöhung von 85 auf 110 bis 120 Pf., Reuß von 90 auf 110 Pf.

Schlimmer als bei Rindfleisch sind die Preissteigerungen bei Schweinefleisch, besonders bei Speck. Obwohl die Viehpreise im allgemeinen nicht angezogen, haben die Metzger aber die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, um die Konsumenten erneut zu schröpfen. Die großen Masseneinkäufe der

Seeresverwaltung boten ihnen die äußere Handhabe für diese sachlich absolut nicht zu rechtfertigende Maßnahme. Ein Schulbeispiel für die Taktik der „patriotischen“ Metzgerzunft bot ein Vorgang in Köln. Hier veröffentlichte die Schweinemetzgerinnung eine Erklärung, worin eine Erhöhung der Preise durch die Kriegslage als naturnotwendig bezeichnet wurde. Daraufhin hat die königliche Regierung eine Gegenklärung veröffentlicht, worin festgestellt wurde, daß die Angaben der Metzger vollständig haltlos waren, daß die Marktpreise für Schweine in den Tagen vorher mit 45-55 M für 100 Pfund Schlachtgewicht „einen Tiefstand erreichten, den sie seit Jahren nicht mehr gehabt haben“. Leider hat diese moralische Züchtigung aber nicht erreicht, daß die Preise wieder herabgesetzt wurden. Der Polizeipräsident hat später dann verfügt, daß jeder Metzger ein Preisverzeichnis öffentlich an seinem Laden auszuhängen hat. Helfen wird aber alles nichts, bis die Preise auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen von der Behörde festgesetzt werden. In Machen ist dies inzwischen schon geschehen.

Mit Rücksicht auf den Raum können die Preissteigerungen für Fleischwaren nicht im einzelnen angeführt werden, nur einige Orte seien herausgeriffen. Der Preis für Schweinefleisch stieg pro Pfund in Breslau von 70 auf 90-100 Pf., Königsberg von 80 auf 100, Speyer von 70 auf 86, Neunkirchen a. d. Saar von 70 auf 90, Reuß von 100 auf 130, Jugoslawien von 76 auf 90-100, Ravensburg von 75-80 auf 90 Pf. Zahlreich sind die Orte, von denen eine Steigerung um 10 Pf. gemeldet wird, während die Orte schnell zu zählen sind, wo keine Erhöhung eingetreten ist. Im Durchschnitt beträchtlich höher sind die Preissteigerungen für Speck, worüber fast einheitlich berichtet wird. Genannt seien: Lippstadt von 85 auf 100 Pf., Remscheid von 70 auf 90, Barmen von 90 auf 110, Herne, Neunkirchen, Fischbach a. d. Saar, Reuß und Berlin von 80 auf 100, Bromberg und Kiel von 60 auf 80, Graudenz von 100 auf 115, Schweier von 85 auf 100 Pf. usw. Auch bei Speck sind die Steigerungen um 10 Pf. am zahlreichsten gemeldet. Diese Erhöhungen sind doppelt ungerechtfertigt, weil die Viehpreise diese Steigerungen nicht begründen und die Metzger ferner durch die Armeeeinkäufe mit ihren Speckbeständen aufräumen konnten. Es ist meist schrankenlose Profitgier, die dem vaterländischen Empfinden, besonders in dieser schweren Zeit, ins Gesicht schlägt.

Außer den angeführten Nahrungsmitteln sind auch die Kartoffeln beim Kriegsausbruch ganz enorm im Preis gesteigert worden, trotz reichlicher Ernte und Ueberfluß. Gegen Ende August waren die Preise noch nicht wieder auf den alten Stand vor der Mobilmachung zurückgegangen, obschon inzwischen auch die Spätkartoffeln auf den Markt kamen. Inzwischen sind die Kartoffelpreise aber weiter im Nachlassen. Wenn die Produzenten und Händler aber nicht bald überall zu normalen Preisen zurückkehren, werden die Behörden noch einen weiteren Druck ausüben müssen, um diese Nahrung der armen Leute auf eine entsprechende Preislage zu bringen.

Ganz erhebliche Steigerungen werden von allen Seiten für Hülsenfrüchte — Bohnen, Erbsen, Linsen — berichtet. Am höchsten schnellten die Preise in den Grenzgebieten empor; eine Erscheinung, die auch durchweg bei den anderen Waren zu beobachten ist. Erbsen stiegen pro Pfund im Preis: Essen von 18 auf 24 Pf., Quierscheid (Saar) von 25 auf 35, Neustadt a. d. S. von 12 auf 26, Düsseldorf von 18 auf 25, Posen von 15 auf 20, Königsberg von 20 auf 30, Offenbach a. M. von 24 auf 35, München von 25 auf 35, Neunkirchen (Saar) von 35 auf 50 usw. Nehnliche Erhöhungen werden für Linjen berichtet, die bekanntlich zum größten Teil aus Ausland eingeführt werden. Nicht so hoch, aber immer noch sehr spürbar, sind die Preissteigerungen für Bohnen.

Bei Waren, die aus dem Ausland eingeführt werden müssen, läßt sich eine Preissteigerung wohl verstehen, weil die Transportkosten durch die Kriegslage schwieriger und kostspieliger werden und die

Zufuhr vielfach ganz unterbunden ist. Bei Produkten, die im Inland hergestellt werden, fällt das aber fort. So kann auch die erfolgte Steigerung der Salzpreise keineswegs gerechtfertigt werden. Prozentual gerechnet liegen hier ganz erhebliche Aufschläge vor. Steigerungen von 10 auf 11 und 12 Pf. pro Pfund werden aus den meisten Städten berichtet. Von 10 auf 13 Pf. stieg der Salzpreis in Koblenz, Tübingen, Reheim, Müggendamm, Nachen, Graudenz, Wulsen usw. In Berlin von 11 auf 14 Pf., Dresden von 11 auf 14, Schneidemühl von 11 auf 20, Erlangen von 11 auf 15 Pf. Von 10 auf 15, also um rund 50 Prozent, in Recklinghausen, M.-Gladbach, Nevesee, Neustadt a. S., Düsseldorf, Posen, Neunkirchen, Königsberg, Danzig, Müggendamm, Schönau, Pirmasens, Kolmar usw. Hier hätten die Behörden fester zugreifen müssen, denn da liegt ganz offensichtlich Lebensmittelwucher vor.

Das Gesamtergebnis der veranstalteten Umfrage läßt sich dahin zusammenfassen, daß — abgesehen von den maßlosen Preistreibern in den ersten Mobilmachungstagen — die Lebenshaltung der breiten Volksmassen sich im Laufe des ersten Kriegsmonats um etwa 15 bis 20 Prozent verteuert hat. Das fällt doppelt schwer ins Gewicht zu einer Zeit, wo das Einkommen der Arbeiter durch verkürzte Arbeitszeit und große Arbeitslosigkeit bedeutend verringert ist. Daher ist es eine höchwichtige Aufgabe unserer Arbeiterorganisationen, auf diese Zustände hinzuweisen und auf Erleichterungen hinzuwirken. Ferner haben uns die Vorgänge auf dem Lebensmittelmarkt anlässlich des Krieges erneut die große Bedeutung der Konsumgenossenschaftlichen Selbsthilfe zum Bewußtsein bringen können.

Die Behörden aber haben die Pflicht, mit aller Strenge über die Preisbewegung zu achten und im Bedarfsfalle von dem ihnen gegebenen Mittel, der Festsetzung von Höchstpreisen, Gebrauch zu machen. Das ist bisher nur in Ausnahmefällen geschehen, meistens hat man sich mit Mahnungen zur Mäßigung an einen einzelnen oder auch an eine Gesamtheit von Händlern begnügt. Daneben sind auch noch andere Hilfsmittel ergriffen worden. So z. B. als in Berlin bei gleichbleibenden Preisen das Brot und die Backwaren immer kleiner wurden, schrieb der Oberkommandierende der Marken vor, daß in jedem Laden das Gewicht der Backwaren aushängen muß, ferner eine Waage zum Nachwiegen durch den Käufer bereitstellen hat. Diese Hilfsmittel mögen ja nicht ohne Erfolg sein, ob er aber durchgreifend und dauernd ist, wird zweifelhaft sein. Einen solchen aber zu erreichen, muß bei der Wichtigkeit der Sache unter allen Umständen das Ziel sein. Die Lebenshaltung der breiten Masse darf durch den Krieg keine ungebührliche Erschwerung erfahren. Sind alle Glieder unseres Volkes in diesem Streben einig, dann wird sich auch der Weg finden. Solchen aber, die aus der Not ihrer Mitmenschen ein Geschäft machen wollen, denen gilt es das Handwerk zu legen.

### Praktische Winke zum gerichtlichen Zahlungsausstand

Außerordentliche Verhältnisse verlangen außerordentliche Maßregeln! Sonst ist es ja Rechtsgrundsatz, daß der Richter sich in das Verhältnis zwischen Gläubiger und Schuldner nicht einzumischen hat und ihm insbesondere nicht die Befugnis zusteht, dem Schuldner Ausstand oder die Leistung von Teilzahlungen zu bewilligen. Wenn im einzelnen Falle derartige dennoch im Wege des Vergleiches festgestellt wurde, so war es einmal dem persönlichen Einfluß des Richters auf die streitenden Parteien und dann dem Entgegenkommen des Gläubigers zu danken. Der Krieg mit seiner schlimmen Einwirkung auf Geldmarkt und Wirtschaftsleben hat jedoch Maßregeln zum Schutze der ohne Schuld in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Bürger notwendig gemacht. Von dem Erlaß eines allgemeinen Moratoriums (gesetzlicher Zahlungsaufschub) hat der Bundesrat wegen der damit verbundenen großen Gefahr unberechtigter Ausnutzung Abstand genommen, jedoch durch Bekanntmachung

